

Schriftliche Stellungnahme

Prof. Dr. Olaf Groh-Samberg, Bremen

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 21. Juni 2021 zum

- a) Antrag der Abgeordneten René Springer, Jürgen Pohl, Martin Sichert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
Lehren aus dem Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht ziehen - BT-Drucksache 19/30403
- b) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
Schutz vor Armut und Ausgrenzung garantieren – Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht ziehen - BT-Drucksache 19/30388
- c) Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Anja Hajduk, Beate Müller-Gemmeke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ein Zukunftsprogramm gegen Armut - Armut bekämpfen, Teilhabe garantieren, Chancen und Zusammenhalt stärken - BT-Drucksache 19/30394

siehe Anlage

Die Verfestigung der Armut als Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts
Stellungnahme zur Anhörung zum 6. Armuts- und Reichtumsbericht im Ausschuss
Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages am 21.06.2021

Olaf Groh-Samberg, Bremen

1. Was ist Armut, was ist Reichtum?

Im Rahmen des 6. ARB wurde ein neuartiges Konzept „sozialer Lagen“ entwickelt, das sowohl Einkommen wie Vermögen, Wohnraumversorgung und Erwerbsintegration über einen Zeitraum von fünf Jahren berücksichtigt. Dabei wurde die unterste soziale Lage als „Armut“, genauer als „verfestigte multiple Armut“ bezeichnet, die oberste soziale Lage als „Wohlhabenheit“. Dies hat zu der Kritik geführt, damit werde die Armut kleingerechnet und der Reichtum verbrämt. Ich möchte klarstellen, dass weder das eine noch das andere beabsichtigt waren. Das Ziel des Ansatzes besteht darin, ein anschaulicheres Verständnis der Ungleichheiten sozialer Lagen in Deutschland, ihrer Entwicklungen, Determinanten und Folgen für soziale Teilhabe zu vermitteln. Dabei sollten soziale Lagen ganzheitlicher erfasst werden, als dies etwa nur mithilfe des Einkommens für ein einzelnes Jahr möglich ist. Insofern wird „Armut“ im Kontext des Konzepts sozialer Lagen grundsätzlich anders bestimmt als im gängigen Konzept der relativen Einkommensarmut, das – bei all seinen Verdiensten – auch erhebliche Schwachstellen hat.

Die im Rahmen der sozialen Lagen als „verfestigte multiple Armut“ bezeichnete Lage ist durch das dauerhafte Zusammentreffen von sehr geringen Einkommen (die im Schnitt in 3,8 der 5 Jahre unter der Armutsrisikoschwelle lagen) und mehrfachen Lebenslagendeprivationen (wie z.B. Arbeitslosigkeit, enge Wohnverhältnisse oder fehlende Vermögensrücklagen) deutlich enger definiert, als das Konzept relativer Einkommensarmut, dass nur auf Basis der Einkommen in einem Jahr bestimmt wird. Es kann daher nicht verwundern, dass sich dieser Lage weniger Menschen befinden als in relativer Einkommensarmut. Das eigentlich verwunderliche ist, wie viele Menschen sich in einer so eng definierten Lage der „verfestigten multiplen Armut“ befinden: im Zeitraum 2013-2017 waren dies etwa 11% der Bevölkerung. Auch die Menschen in der Lage der „Prekarität“ lassen sich – wie im Antrag der LINKEN gefordert – durchaus (zumindest zeitweilig) als „arm“ bezeichnen – so befinden sie sich im Schnitt in 1,3 der fünf Jahre ebenfalls unter der Armutsrisikoschwelle. Indem jedoch die Lage der Prekarität als eigene Lage abgegrenzt wurde von der Lage der verfestigten multiplen Armut, wird beispielsweise erst sichtbar, dass die Lage der Prekarität in den vergangenen drei Jahrzehnten weitgehend gleich groß geblieben ist, während sich die Lage der verfestigten multiplen Armut mehr als verdoppelt hat.

Grundsätzlich sollte die Debatte darüber, was unter „Armut“ und „Reichtum“ zu verstehen sei, breiter und offen geführt werden. Festlegungen auf einmal eingeführte Konventionen sind hierfür sicherlich ebenso wenig hilfreich, wie es eine totale Beliebigkeit der Begriffsverwendungen es wäre. Die Armutsforschung und -berichterstattung hat früh den Konsens etabliert, dass eine ausgewogene Betrachtung von Armut die Verwendung alternativer Konzepte erfordert. Eine Verengung der Armutsberichterstattung auf relative Einkommensarmut als alleinigem Konzept wäre aus wissenschaftlicher Sicht ein Rückschritt. Es ist aber auch wenig hilfreich, die Diskussion über unterschiedliche Armutskonzepte allein von dem Ergebnis her zu führen, wie groß der Anteil der Bevölkerung in Armut dabei jeweils ausfällt.

2. Der Kernbefund: Die Verfestigung von Armut

Ein zentrales, vielfach belegtes Ergebnis der Forschung, das bereits in den vergangenen Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung deutlich wurde und durch die zugleich multidimensionale und längsschnittliche Betrachtung sozialer Lagen noch einmal deutlicher hervortritt, ist der langfristige Trend einer zunehmenden Verfestigung der Armut in Deutschland. Der Anteil der Menschen, die in Deutschland in Armutslagen leben, wird nicht nur im Zeitverlauf größer, sondern die Aufstiegschancen dieser Menschen aus der Armutslage werden gleichzeitig geringer. Der deutliche Rückgang der Aufstiege aus Armut ist dabei ein entscheidender Treiber der Armutsentwicklung der letzten drei Jahrzehnte in Deutschland, der von einer temporären Zunahme der Abstiege aus Prekarität und unterer Mitte noch verstärkt wurde.

Und mehr noch: Auch die Bildungs- und Teilhabechancen der Menschen in Armutslagen sind – relativ gesehen zur Gesamtgesellschaft – ebenfalls tendenziell rückläufig. Ein wachsender Teil der Bevölkerung wurde damit zunehmend abgehängt von der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung – während umgekehrt, wenn auch weniger stark ausgeprägt, auch der Anteil der Menschen in privilegierten Lagen deutlich zunahm.

Diese Verschiebungen in der Ungleichheit sozialer Lagen sind „tektonisch“: Es sind nicht vorübergehende Trends oder kleinere Ausschläge. Es wäre völlig unangebracht, sich hier über „Dramatisierung“ oder „Verharmlosung“ zu streiten. Es geht darum, nüchtern zu konstatieren, dass wir vor einem Strukturproblem stehen, für das keine Lösungen in Sicht sind. Wenn der Trend der Verfestigung der Armut nicht nur temporär angehalten, sondern nachhaltig umgekehrt werden soll, also in einen Trend der längerfristigen Abnahme von Armut, sind tiefgreifende und systematische Reformen nötig. Das Repertoire an jüngeren und geplanten sozialpolitischen Maßnahmen, das der Armuts- und Reichtumsbericht auflistet, wird aller Voraussicht nach nicht ausreichen, eine solche Trendumkehr einzuleiten. Nur um dies richtig einordnen zu können: Die letzte Phase einer anhaltenden Reduktion von Armut und starken Aufstiegsdynamiken unterer Schichten liegt mittlerweile über 50 Jahre zurück.

3. Die sozialen Folge gestiegener ökonomischer Ungleichheiten (Vermutungen)

Der langfristige Prozess der Zunahme und Verfestigung von Armutslagen, bei gleichzeitig wachsenden Anteilen in Wohlhabenheit und Wohlstand, ist nicht nur aus sozialpolitischer Perspektive eine fundamentale Herausforderung. Er betrifft das Wesen der Demokratie und des Wohlfahrtsstaates der deutschen Gesellschaft.

Während der langfristige Trend zunehmender sozio-ökonomischer Ungleichheiten empirisch mittlerweile breit dokumentiert und belegt ist und die Forschung zu den Ursachen dieser Entwicklung noch immer disparat und unsystematisch erscheint, steckt die Forschung zu den Folgen der gestiegenen Ungleichheit noch in den Anfängen. Die offensichtlichste Folge ist zunächst, dass es neben der wachsenden Minorität von „Verlier:innen“ der Ungleichheit, die überwiegend zu den ohnehin schon benachteiligten Schichten der Gesellschaft zählen, auch eine relativ breite Gruppe von „Gewinner:innen“ gibt, die – häufig aus mittleren oder bereits gehobenen Schichten – einen Zugewinn nicht nur an Bildung, Einkommen und Vermögen, sondern auch an Lebensqualität, Selbstverwirklichung und Teilhabe erfahren haben. Eine empirisch bislang noch wenig erforschte Folge dieser sozio-ökonomischen Auseinanderentwicklung – insbesondere auch angesichts der geringen sozialen Mobilitäten – könnte eine wachsende soziale Distanz und Segregierung dieser Gruppen sein, die sich in zunehmend gegeneinander abgeschotteten Lebenswelten bewegen: in ihren jeweils eigenen Regionen, Stadtteilen, Schulen, Firmen bzw. Arbeitsstätten, Vereinen, Konsum- und Freizeiteinrichtungen, Urlaubsorten, Pflegeheimen, Ämtern und Einrichtungen, Fernsehkanälen, Social Media Plattformen, etc. Sollte dies so sein (dazu liegen, abgesehen von Mobilitätsstudien, bislang keine guten Daten vor), könnte eine weitere Folge sein, dass sich die unterschiedlichen sozialen Gruppen aus den Augen verlieren, so dass die Kenntnisse voneinander und das Verständnis füreinander fehlen. Eine solche Entfremdung zwischen sozialen Gruppen hätte wiederum weitreichende Folgen für die Möglichkeiten der Verständigung und der Solidarität.

Für die untersten sozialen Lagen kommt hinzu, dass diese auch am politischen Leben kaum teilhaben: Sie wählen selten, haben keine wirkmächtige Lobby, und werden von den politischen Parteien weniger repräsentiert. Insofern mag die Zunahme und Verfestigung der Armut für sich genommen keine unmittelbare „Bedrohung“ für die politische Stabilität darstellen. Sie kommt aber allemal einer Aushöhlung der Demokratie gleich.

Neben einer Spaltung der Gesellschaft als Folge gestiegener Ungleichheit werden in der Forschung aber auch negative Folgen für alle Gesellschaftsgruppen diskutiert. Eine negative Folge, die insbesondere auch die Mittel- und Oberschichten betrifft, könnte in Statusstress bestehen: dem Stress, in einer kompetitiven Gesellschaft mit den Steigerungen an Bildung und Bildungsinvestitionen, beruflicher Karriere, aber auch den Selbstoptimierung im privaten Bereich und den Anforderungen an Familien mithalten zu können. Auch hierfür könnte die soziale Segregierung milieuspezifischer Lebenswelten eine verstärkende Rolle spielen, weil sie die für Statusstress verantwortlichen sozialen Vergleichsprozesse auf den eigenen sozialen Mikrokosmos eingrenzen und vergessen machen, dass man auch mit Weniger noch deutlich mehr als der Durchschnitt besäße.

Statusstress und soziale Segregation als Folgen gestiegener Ungleichheiten könnten aber auch manche paradoxen Ergebnisse von Umfragen erklären helfen. So zeigen die Umfragen des ARB-Surveys eine hohe Unzufriedenheit und eine übersteigerte Wahrnehmung ökonomischer Polarisierungen, bei gleichzeitig optimistischen Bewertungen der eigenen sozialen Situation und Zukunft. Die Paradoxie, in der sich viele Menschen insbesondere in privilegierteren Lagen befinden, ist vielleicht die, dass sie die sozialen Ungleichheiten eigentlich ablehnen, die sie als Folge ihrer eigenen Handlungen selbst (re-)produzieren, zu denen sie sich gezwungen sehen, um gesellschaftlich mithalten zu können.

Über die Folgen der hohen Ungleichheit liegen noch wenig gesicherte Erkenntnisse vor. Darum konnten hier auch nur Vermutungen geäußert werden. Sie sollten nicht zuletzt deutlich machen, dass die Folgen gestiegener Ungleichheiten für das Verhältnis der auseinanderdriftenden sozialen Lagen (bzw. der Menschen in ihnen) zueinander und zu sich selbst zu untersuchen, ein wichtiges Forschungsdesiderat darstellen.

4. Die Polarisierung sozialer Lagen als Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Die sozialpolitischen Maßnahmen, die für eine systematische Trendumkehr der Armutsverfestigung erforderlich wären (welche das auch immer sein mögen – dazu existieren bereits viele gute Ideen und Ansätze), werden nicht umsetzbar sein, ohne dafür bei breiten Bevölkerungsgruppen Unterstützung zu gewinnen. Dafür bräuchte es einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, der die Fragen von Armut und Reichtum in den Kontext der Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts stellt. Die Aufklärung über die

Unterschiede zwischen sozialen Lagen und Teilhabechancen spielt dabei eine wichtige Rolle. Sie kann möglicherweise die Bereitschaft zu sozialpolitischen Reformen erhöhen. Folgt man den Umfrageergebnissen, so ist die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland der Ansicht, die sozialen Ungleichheiten seien zu groß. Auch die Wissenschaft liefert eindeutige Belege etwa dafür, dass die Chancengleichheit in Deutschland – auch im internationalen Vergleich – äußerst gering ist. Wenn die obigen Vermutungen nicht völlig an der Realität vorbeigehen, dann sollte es selbst bei den sozialen Schichten, die in der Vergangenheit von der gestiegenen Ungleichheit „profitiert“ haben (insofern sie zu deren Gewinnergruppen zählen), nicht gänzlich an Solidaritätsbereitschaft mangeln – die aber im Kontext struktureller Wettbewerbszwänge vielfach nicht gelebt werden kann. Eine Politik, die sowohl Armut wie Statusstress bekämpft, könnte möglicherweise mit mehr Unterstützungsbereitschaft und Solidarität rechnen, als sie bislang abfordert. Der Diskurs über ökonomische und soziale Ungleichheiten muss breiter angelegt sein: denn letztlich geht es dabei um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.